

Pressekonferenz der Stadtteilinitiative Münzviertel zum Winternotprogramm 2015/2016

Kein Konzept, keine Ideen, keine Innovationen – null Substanz! Eine weitere Episode gescheiterter Stadtpolitik.

Redebeitrag des koZe kollektives Zentrums

Liebe Pressevertreter_innen,

der Redebeitrag des koZe unterteilt sich in drei thematische Abschnitte. Zunächst wird eine allgemeine politische Bewertung des Winternotprogramms vorgenommen. Im zweiten Teil wird die Arbeit des koZe für Menschen in prekären Lebenslagen kurz skizziert. Abschließend wird auf die zurückliegenden Polizeieinsätze im und ums koZe eingegangen und erläutert warum wir es als unverschämt empfinden, dass die Stadt Hamburg nun auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem koZe und dem Münzviertel hofft.

Allgemeine Bewertung des Winternotprogramms

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass mensch sich bei der Analyse des Winternotprogramms nicht nur auf obdachlose Menschen beschränken sollte. Daneben gibt es Wohnungslose, ungesichertes und ungenügendes Wohnen. Um das Phänomen Obdachlosigkeit einzuschränken ist es notwendig, die gesamten prekären Lebenssituationen zu betrachten, um zu verstehen, wie Menschen obdachlos werden und wie diese wieder in lebenswürdige Unterbringung gebracht werden können. Außerdem gehört hierzu die Betrachtung anderer zentraler Problem- und Lebenslagen (Beispiele: Zwangsräumung, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Missbrauch, Krankheiten, Scheidung, Tod Nahestehender, Kriegsflucht, Vertreibung).

Diesem Anspruch wird die Stadt Hamburg nicht gerecht. Wie schon in der Einladung zu dieser Pressekonferenz angekündigt agiert die Stadt Hamburg, was die Unterstützung Wohnungsloser angeht, ideen-, konzept- und innovationslos und steuert in eine weitere Episode gescheiterter Stadtpolitik.

Wir als Aktive im Stadtteil wissen schon seit langem, dass von der parlamentarischen Politik dieser Stadt nichts zu erwarten ist und nehmen die Organisation unseres Zusammenlebens im kollektiven Zentrum selbstbestimmt in die Hand: solidarisch, emanzipatorisch und von einander lernend stellen wir der Traurigkeit des kapitalistischen Alltags eine kollektive Alternative entgegen.

Jedes Jahr im August und September sind die Behörden aufs Neue überrascht, wegen der großen Zahl der Obdachlosen in Hamburg. Langfristige Konzepte, dem entgegenzuwirken, sucht mensch vergeblich. Vielmehr wird jedes Jahr eine aktionistische und kurzfristige Unterbringungspolitik durchgeführt und auch noch versucht diese in der Öffentlichkeit als Sozialarbeit zu verkaufen. Das zeigt beispielsweise die Tatsache, dass die Vertreter der BASFI am 21.10.15 noch nicht einmal die Zahl der im Winternotprogramm tätigen Sozialarbeiter nennen konnten. Wäre der politische Wille da, diese Menschen wirklich sozialarbeiterisch zu begleiten, dann würde die Unterbringung auch tagsüber möglich sein. Dann würden die Menschen ganzheitlich betreut. In Anbetracht, dass nicht genügend Tagesaufenthaltsplätze zur Verfügung stehen, werden die Menschen bestenfalls zwischen den Notunterkünften in der Nacht und am Tag hin- und hergeschoben. Demgegenüber wäre es

sinnvoller und nachhaltiger, viele kleine, dauerhafte Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die wirklich Sozialarbeit ermöglichen. Wenn hier auf engstem Raum 400 Menschen in Containern untergebracht werden ist es eine Beleidigung an unseren Verstand, wenn die Behörden das noch als Sozialarbeit verkaufen wollen. Hier werden keine Lebensperspektiven geboten, keine Lebensumstände geschaffen, in den der psychische und körperliche Gesundheitszustand verbessert werden kann. Hier wird kein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, in denen sich die eigenen Bedürfnisse und Fähigkeiten entfalten können.

Menschen aus Osteuropa werden abgewiesen – Zitat der BASFI von der Homepage: „Obdachlose EU-Bürger, die keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben, können nicht öffentlich-rechtlich untergebracht werden“. Diese Herangehensweise betrachten wir nicht nur als menschenverachtend und rassistisch. Vielmehr wird an diesem Zitat deutlich, dass der bloße Erfrierungsschutz noch nicht einmal allen Menschen in Hamburg zur Verfügung gestellt wird. Wie in den zurückliegenden Wintern werden wir es erleben, dass ganze Familien im Münzviertel und darüber hinaus im Freien schlafen.

Gleiches gilt für eine Vielzahl von Kriegsflüchtlingen. Die Behörden fühlen sich mit dem angeblich überraschenden Zustrom an Geflüchteten überfordert und nehmen gerne das zivilgesellschaftliche Engagement an, dass die unzureichende Hilfswilligkeit der Stadt Hamburg auffängt. Um dem Zustrom an Geflüchteten gerecht zu werden bedarf es keiner Transitzonen, es ist auch kein aufgeblähter Verwaltungsapparat zur Prüfung von Asylanträgen notwendig. Eine Bleiberecht nach §23 des Aufenthaltsgesetzes und die Anerkennung als Kriegsflüchtlinge, wie es die Gruppe Lampedusa in Hamburg seit langem fordert, würde es ermöglichen Ressourcen zielführend für die Menschen in Notlagen einzusetzen. An dieser Stelle solidarisiert sich das kollektive Zentrum nochmal ausdrücklich mit der Gruppe Lampedusa in Hamburg. Auch weisen wir auf den unerträglichen Zustand hin, dass diese Gruppe weiterhin vom Hamburger Senat ignoriert wird, Gespräche, wie übrigens auch beim koZe, verweigert werden und keine Hilfsleistungen erfolgen.

Gleichfalls zeigt sich das koZe mit allen Geflüchteten solidarisch. Denn niemand flüchtet freiwillig. Verwiesen sei hier beispielsweise auf die Solidaritätserklärung mit Romano Jekipe Ano Hamburg.

Die kurzsichtige Stadtentwicklungspolitik zeigt sich auch darin, dass die Stadt Hamburg über Jahre öffentliche Grundstücke und Gebäude an private Investor_innen verkauft, den sozialen Wohnungsbau de facto zurückschraubt und nun von privaten Geschäftsleuten Leerstand anmietet, um Menschen in prekären Lebenslagen unterzubringen. Das bei dem Neubau am Schultzweg Wohnungen für obdachlose Jugendliche, insbesondere aus dem Werkhaus, abgelehnt wurden, weil dies potentielle Investor_innen abschrecken würde ist ein weiteres prägnantes Beispiel für eine Stadtpolitik, die sich ausschließlich an Profitinteressen orientiert und das Gemeinwesen vor Ort mit Füßen tritt.

Wir, die Anwohner_innen des Münzviertels, haben in den letzten Jahren bereits gezeigt, dass eine Unterbringung von Wohnungslosen hier möglich ist und unterstützt wird. Jedoch: Eine Massenunterbringung von 400 Obdachlosen mit unterschiedlichsten Problemlagen lehnen wir ab. Es scheint, als präferierten die Behörden, die massenhafte Unterbringung, weil sie wissen, dass diese dann von vielen Obdachlosen aufgrund fehlender Privatsphäre und Angst vor Übergriffen oftmals nicht wahrgenommen wird. So lässt sich das wahre Ausmaß der Obdachlosigkeit verschleiern.

Andere innovative Konzepte und Ideen zur Unterbringung gibt es aus dem Stadtteil zuhauf, doch diese werden bis heute von den Behörden ignoriert. Auch die aktuelle Wohnungsbaupolitik des Senats lässt nur den Schluss zu, dass man sich auch zukünftig mit sogenannter „Feuerwehrpolitik“ begnügt und nicht gewillt ist, dem Problem Obdachlosigkeit wirkliche Lösungsansätze

entgegenzustellen.

Das koZe als Raum für Menschen in prekären Lebenslagen

Das kollektive Zentrum hat eine Vielzahl von Angeboten und Partizipationsmöglichkeiten für und mit Menschen in prekären Lebenslagen. Dafür haben wir die Stadt bisher nicht gebraucht und werden sie auch zukünftig nicht benötigen.

Grundsätzlich sind Menschen in prekären Lebenslagen Teil des koZes wie alle Aktivist_innen. Sie beteiligen sich an der täglichen Arbeit und der politischen Ausrichtung des Hauses. Auf eine beispielhafte Auflistung wird hier bewusst verzichtet, denn sie haben keinen Sonderstatus sondern sind wie alle Anderen Teil des Hauses. Auch Menschen, die Hilfe von der Alsterdorfer Assistenz, der Stadtmission, des Werkhauses oder des Herz-As benötigen, beteiligen sich im koZe. Das gehört nämlich alles zum Münzviertel und das ist das, was wir hier unter Gemeinwesen verstehen. Das ist unsere Identität und unser Selbstverständnis.

Folgende Gruppen arbeiten im koZe, die Hilfs- und Beratungsangebote für Menschen in prekären Lebenslagen anbieten: Asmara World Refugees Support, Romana Jekipe Ano Hamburg, Lampedusa in Hamburg, Deutsch-Sudanesischer Verband, Horst AG, Café Exil, Karawane e.V., AntiraHbf.

Seit über einem halben Jahr gibt es dreimal in der Woche einen Deutschkurs für Geflüchtete. Das koZe ist Teil des Netzwerkes Refugees Welcome St. Georg und ermöglicht an drei Tagen in der Woche Geflüchteten auf der Durchreise eine Übernachtung in der koZe. Dabei bieten wir Essen an, die Kleidung kann gewaschen werden und Duschen stehen zur Verfügung.

Weitere generelle Hilfsangebote sind ein Umsonstladen, in dem sich die Menschen mit Kleidung, Schuhen oder anderen nützlichen Dingen des täglichen Lebens eindecken können.

Bei der Errichtung des Flüchtlingslagers in Jenfeld haben Menschen aus dem koZe-Umfeld bereits die heute überall geforderte Willkommenskultur gelebt. In den zwei Wochen sind Menschen täglich mit Essen und Kleidung nach Jenfeld gefahren, um die Geflüchteten zu unterstützen.

Dieser Arbeit war auch stets politisch geprägt. Schließlich waren es auch dort unter anderem die koZe-Aktivist_innen, die sich im Gegensatz zur Polizei, dem wütenden, ausländerfeindlichen Mob entgegengestellt haben.

Das koZe und das Winternotprogramm

Eins vorweg: Unsere politische Bewertung, dass das Winternotprogramm in dieser Form im Münzviertel stattfindet, fällt eindeutig aus. Im Hamburger Abendblatt wird am 22.10.15 (Zeit für die Kita-Besetzer im Münzviertel läuft ab, von Ullrich Gasdorf und Christoph Heinemann) aus dem Senatsumfeld die politische Leitlinie zum koZe zitiert: „Die Besetzer werden ein bisschen gegängelt und ansonsten geduldet. Vielleicht löst sich das Problem von selbst.“ Als Teil diese Gängelungsprozesses betrachten wir die Errichtung des Winternotprogramms.

Zu den Polizeieinsätzen: Das Schlagen von Menschen, insbesondere solchen, die durch die Polizei bereits fixiert und bewegungsunfähig gemacht wurden, die Ingewahrsamnahmen, die Traumatisierung einer Vielzahl von Menschen durch Gewalt, die staatliche Repression in Form von dauerhafter Überwachung und 24-stündiger Polizeipräsenz, die diversen Strafanträge auch während der Zeit der Polizeibelagerung in den Sommermonaten ums koZe, das gewaltsame Wegnehmen angemieteter Außenflächen, die Lügen von behördlichen Stellen, das Schweigen der Politiker_innen über die im Fachamt SL am 09.06.15 getroffenen Absprachen trotz der gewaltsamen Polizeieinsätze, das Zerstören von nützlichen Dingen, wie Baumhäusern, Gartenbeeten, Spielplatz,

Außenbar, das Kriminalisieren des koZe und seiner Menschen, wird mit der Umschreibung ein „bißchen gängeln“ verharmlost und verniedlicht. Es handelt sich dabei um eine rechtswidrige polizeistaatliche Aktion, ohne Rücksicht auf das physische und psychische Wohlergehen von Menschen aus dem koZe und Anwohner_innen.

Wir, das koZe, haben bereits Mitte Juli Zwischennutzungsanträge für weitere Räumlichkeiten an den LIG gestellt, um Menschen in prekären Lebenssituationen unterzubringen. Dieses Konzept war ganzheitlich. Dauerhafte Unterbringung, mit Inklusion in die vorhandenen und erweiterten koZe-Strukturen, Möglichkeiten der Arbeit und Beschäftigung, Beratung und Gesundheitsfürsorge.

Auf die Anträge hat die Finanzbehörde nicht reagiert, vielmehr erfolgte unmittelbar der erste Polizeiüberfall auf das koZe am 27.07.15. Der Versuch, einer ehrenamtlichen, selbstorganisierten Versorgung und Inklusion - auch von Obdachlosen - wurde mit Polizeigewalt niedergeschmettert, obwohl die Behörden noch nicht einmal in der Lage sind, die bloße Unterbringung aller Obdachlosen sicherzustellen. Begründet wurde dieser Polizeieinsatz mit Asbestarbeiten, die, wie wir heute wissen, in den meisten Gebäuden nie stattgefunden haben.

Nun standen 38 Tage und Nächte Polizisten 24 Stunden an einem Bretterzaun und um das Schulgelände herum. Für garnichts und wegen garnichts. Der zweite Polizeieinsatz am 02.09.2015, bei dem erneut mehrere Hundertschaften überfallartig das koZe-Gelände morgens um 6 Uhr stürmten, war notwendig, damit die Polizei abgezogen werden kann, ohne das die Behörden ihr Gesicht verlieren. Dieser Einsatz ist durch nichts zu begründen. Es gab lange einen bewachten Bretterzaun an dem nichts passierte, dem folgte ein zweiter unbewachter Bretterzaun an dem ebenfalls bis heute nichts passierte. Also warum standen dort 38 Tage Polizist_innen?

Beim zweiten Polizeiüberfall wurden voll funktionsfähige, entgegen vorheriger Behauptungen, asbestfreie Häuser abgerissen. Weder für die Abrissarbeiten noch für das Aufstellen von Wohncontainern im Rahmen des Winternotprogramms wäre es notwendig gewesen den Bretterzaun noch enger ums koZe zu ziehen. Damit wurde uns die Möglichkeit genommen Veranstaltungen im Freien durchzuführen.

Das von den etwa 90 Wohncontainern nun 30 unmittelbar vor dem koZe-Gebäude aufgestellt wurden ist eine weitere Provokation der Behörden. Das Gelände bietet jede Menge Platz für das Aufstellen der von der Stadt so geliebten Containern. Privatsphäre gibt es in den Wohncontainern nicht. Dass die Stadt die Container nun so hinstellt, das wir aus den oberen Stockwerken des koZe direkt in die Container schauen können und die dortigen Menschen wiederum in die koZe zeigt, dass es der Stadt hierbei wiederum darum geht uns zu „gängeln“. Hierzu werden selbst die obdachlosen Menschen instrumentalisiert. Wegen der Nähe zum koZe-Haus ist auch davon auszugehen, dass sich dauerhaft Sicherheitskräfte unmittelbar vor dem koZe-Gelände positionieren. Darauf haben wir keinen Bock mehr!

Die Gelände für das Winternotprogramm werden von dem LIG zugewiesen, der in der politischen Sommerpause bereits mit den ihr nahestehenden Polizeibehörden Tatsachen in Form einer Räumung schaffen wollte. Die enge Bande zwischen Polizei und LIG zeigt sich und entwickelte sich in der Vielzahl von Verfahren wegen Hausfriedensbruch in den letzten Jahren. Beispielhaft möchte ich hier nur die über 150 lächerlichen Verfahren wegen Hausfriedensbruch in der Schützenstr./Leverkusenstraße von 2014, wo nachmittags eine friedliche Sommerparty auf einer Freifläche gefeiert wurde, nennen.

Deshalb findet unseres Erachtens das Winternotprogramm auch nicht nur im Münzviertel statt, weil es in den zurückliegenden Jahren hier so gut geklappt hat. Sondern ein wichtiger Grund ist auch, dass Behörden, Politik und insbesondere LIG eine weitere Chance wittern, dem koZe zu schaden

und den dortigen selbständig organisierten Freiraum zu zerstören. Deshalb ist die Forderung der Politik und der Behörden nach einer Zusammenarbeit des Münzviertels mit dem Winternotprogramm eine Verhöhnung des Engagements vor Ort, wenn man die gewaltsame Vorgeschichte betrachtet.

Kein Weg und kein Gespräch mehr mit der Stadt! Alle Angebote des koZe werden für die Betroffenen gemacht und zwar selbständig – ohne Vertreter_innen der Stadt. Wir werden nicht die Sozialarbeit für die Stadt übernehmen und Obdachlosigkeit entpolitisieren.

Wir fordern, die ganztägige, ganzjährige, Unterbringung von Menschen in prekären Lebenslagen in kleinteilige Unterkünfte, um diesen zunächst ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Dies muss in einem nächsten Schritt ergänzt werden, um wirkliche Beratungs- und Hilfsangebote, um die Menschen langfristig in sichere Lebenslagen zu begleiten.

Diese Forderungen zu stellen und auch die Betroffenen zu motivieren, für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gegen die vorherrschende politische Linie zu kämpfen ist die Aufgabe eines politischen Freiraums, wie dem koZe. Sozialarbeit ist keine Aufgabe des koZe.

koZe bleibt politisch! Und schlecht erzogen!